



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Media genre: Print media
Type of media: Daily and weekly press
Circulation: 110'854
Frequency: 6x/week

Topic n°: 662.005
Subscription n°: 3004200
Page: 34
Size: 14'867 mm²

Umfrage bei Verwaltungsräten Sind Frauenquoten «umsetzbar»?

Hansueli Schöchli · Börsenkotierte Firmen ab einer gewissen Grösse (zum Beispiel ab 250 Mitarbeitern) sollen im Verwaltungsrat mindestens 30% Frauen haben und in der Geschäftsleitung mindestens 20%. Diesen Vorschlag hat der Bundesrat vergangene Woche ins Parlament geschickt. Derzeit liegen die Frauenanteile bei rund 16% (Verwaltungsrat) bzw. nur etwa 6% (Geschäftsleitung). Der Bundesrat will für das Erreichen der Zielwerte eine Übergangsfrist von fünf Jahren für Verwaltungsräte und von zehn Jahren für die Geschäftsleitungen gewähren.

In einer Umfrage bei knapp 160 Verwaltungsräten im Auftrag der Kadervermittlungsfirma Knight Gianella bezeichneten je etwa 40% der Befragten die Vorgabe für Geschäftsleitungen als «umsetzbar» bzw. als «nicht umsetzbar». Für den Grossteil des Rests ist die Übergangsfrist «zu kurz». Bei den Vorgaben für Verwaltungsräte waren die Antworten ähnlich verteilt. Einiges mag von der Definition von «umsetzbar» abhängen. Theoretisch dürften die Zielwerte oft erreichbar sein, doch viele Verwaltungsräte scheinen zu bezweifeln, dass dies in der vorgesehenen Frist ohne Qualitätsabstriche möglich ist. Immerhin sind die vorgeschlagenen Zielwerte «weiche» Quoten, so dass bei Nichterfüllen statt Sanktionen «nur» eine Pflicht zu Begründungen und künftigen Gegenmassnahmen vorgesehen ist. Auch damit würde aber die Politik Druck auf die Personalauswahl der Firmen ausüben.

Bemerkenswert sind auch die Einschätzungen der befragten Verwaltungsräte zu den Folgen der Umsetzung der «Abzocker»-Initiative. Über 90% orteten keine dämpfende Wirkung auf die Bezüge von Geschäftsleitungen und Verwaltungsräten. Gemessen an den Antworten betrug der Lohneffekt per saldo etwa null. Das muss nicht überraschen. Doch ein grosser Teil des Stimmvolks, das 2013 die Initiative wuchtig angenommen hatte, dürfte sich weit mehr erhofft haben.